

exCHAINS



Internationale Solidarität zwischen Beschäftigten entlang der Textil-, Bekleidungs- und Einzelhandelskette

Menschenwürdiges Leben und Arbeiten hier und entlang der Wertschöpfungskette – auch in Zeiten von Corona

27.04.2020



Die Corona-Krise geht in die siebte Woche. Es zeichnet sich ab, dass erste Einschränkungen des öffentlichen Lebens wieder zurückgenommen werden. In Deutschland öffnen Läden im Bekleidungseinzelhandel und auch die Industrieproduktion fährt langsam wieder an. Auch in Sri Lanka sollen die Bekleidungsfabriken bald wieder produzieren. Dies rückt betriebliche Auseinandersetzungen um Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Vordergrund. Es gilt aber auch: Kämpfe und Auseinandersetzungen jenseits von Corona sind weiterhin wichtig, wie unsere Kolleg*innen von der NGWF zeigen.

Deutschland: seit vergangener Woche dürfen Einzelhandelsläden wieder öffnen. Die Vorgabe ist, dass der Infektionsschutz eingehalten wird, Kund*innen und Beschäftigte mindestens einen Mund-Nasen-Schutz tragen und die Anzahl Kund*innen im Store begrenzt

ist. Wichtig ist: auch hier gilt die Logik des Arbeitsschutzes. Die Gefährdung für die Beschäftigten muss nach Möglichkeit ausgeschlossen werden, beispielsweise sind Barrieren zwischen Kund*in und Beschäftigten einem bloßen Schutz durch eine Maske vorzuziehen.

Die Praxis sieht aber leider völlig unterschiedlich aus. Bei H&M bestehen in manchen Filialen der Spuckschutz nur aus Frischhaltefolie. Auch sind Durchgangswege zu eng, so dass der erforderliche Mindestabstand nicht eingehalten werden könnte. Auch hier sagt ein Bild mehr als 1000 Worte.

Im Internet erntet H&M dafür schon Hohn und Spott. Das Unternehmen hatte im Vorfeld keine Verhandlungen mit Betriebsräten über ein Infektionsschutzkonzept geführt. Dies lassen viele Betriebsräte nicht auf sich sitzen. Vor

Gericht versuchen sie zu erwirken, dass keine Beschäftigten ohne besondere Arbeitsschutzmaßnahmen zur Arbeit verpflichtet werden. Erste Gerichtsurteile haben den Kolleg*innen recht gegeben. Nun planen sie, Gefährdungsbeurteilungen zu erkämpfen, um Schutzmaßnahmen durchzusetzen, ehe die ersten Kolleg*innen und Kund*innen eine Filiale betreten.

Solche Auseinandersetzungen stehen unseren Kolleg*innen von der FTZ&GSEU in Sri Lanka noch bevor. Auch dort hatte die Regierung in der vergangenen Woche angekündigt, dass Fabriken in den Freihandelszonen wiedereröffnen dürfen. Einige Bekleidungsfabriken stellen für UNICEF Masken und Schutzausrüstung her. Die Mehrzahl der Fabriken, die wiedereröffnet haben, produzieren aber Bekleidung für den Export.

Unsere Kolleg*innen berichten, dass Beschäftigte über 50 Jahre vielerorts einfach entlassen wurden, weil sie zur Risikogruppe gehörten. Aktuell versuchen die Fabrikunternehmen die Produktion mit 30% der Belegschaften am Laufen zu halten. Der Arbeits- und Gesundheitsschutz ist hier ein doppeltes Thema: einmal müssen Infektionsschutzmaßnahmen eingehalten werden. Dann kämpfen die Kolleg*innen aber auch darum, dass die kleineren Belegschaften nicht mehr Arbeitsdruck bekommen und mehr produzieren müssen.

Neben den Auseinandersetzungen auf Fabrikebene müssen sich unsere Kolleg*innen auch Angriffen von Politik und Unternehmerverbänden erwehren. Der Unternehmerverband will die Krise nutzen, das Arbeitsrecht zu ändern. Bislang gibt es ein gutes Kündigungsschutzrecht in Sri Lanka. Unternehmen können nicht einfach kündigen oder umstrukturieren. Der Un-



ternehmerverband will hier aber freie Hand. Diese Angriffe auf Schutzrechte der Beschäftigten werden von den Unternehmern als Stärkung des sozialen Dialogs und der sozialen Gerechtigkeit verkauft.

Gemeinsam mit Frauenorganisationen hat die FTZ&GSEU landesweit Gruppen von betroffenen Arbeiter*innen auf die Beine gestellt, seien sie selbst erkrankt, arbeitslos oder ihre Rechte in Frage gestellt. In diesen Gruppen erhalten die Arbeiter*innen Rechtsberatung und unmittelbare Unterstützung.

Die Corona-Krise rückt vielerorts den Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Vordergrund. Unsere Kolleg*innen von der NGWF erinnern dabei auch an den größten Industrieunfall der jüngeren Geschichte: Rana Plaza. Wir erinnern uns: am 24.4.2013 stürzte in Sabhar, unweit der Hauptstadt Dhaka, ein Fabrikgebäude ein und begrub tausende Bekleidungsarbeiter*innen unter sich. Nach offiziellen Angaben wurden 1.135 Menschen getötet und 2.438 verletzt. Das Erinnern an den Fabrikunfall hat noch immer Bedeutung: weiterhin kämpfen verletzte Arbeiter*innen um die Übernahme von Behandlungskosten, außerdem fordert die NGWF, dass das Abkommen zur Verbesserung des Gebäude- und Brandschutzes in der Krise nicht in Frage gestellt wird.

Gleichzeitig nutzen unsere Kolleg*innen die Gelegenheit um auf die Folgen der Corona-Krise aufmerksam zu machen: die Löhne für März und April müssen voll gezahlt werden. Noch immer produzieren Unternehmen, obwohl die Regierung einen Produktionsstopp verfügt hat. Dies müsse aufhören. Die Produktion dürfe erst wieder aufgenommen werden, wenn sich die Gesundheitslage verbessert habe und auch wieder öffentlicher Transport zur Verfügung stehe. Auch an die Einkäuferunternehmen richten unsere Kolleg*innen Forderungen: diese dürften Bestellungen nicht einfach stornieren und auch nicht in Preisverhandlungen mit den Zulieferern Rabatte durchsetzen.

